



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

25. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss lehnt die Durchführung einer Aktuellen Stunde, von den Grünen beantragt, zum Thema „Auswirkungen der Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen im Einzelplan 10“ mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen ab.

1 Restrukturierungsplan der Landwirtschaftskammer NRW

6

Ludwig Hanebrink (Landwirtschaftskammer NRW, Direktor) trägt anhand der Anlage vor und beantwortet anschließend Fragen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (UmlG)

16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2914

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD angenommen.

**3 Konsequenz aus geheimem Gentechnikanbau in NRW:
Nur das geltende Gentechnikrecht bietet Schutz und Transparenz** 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2729

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) erstattet Bericht.

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

4 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2097

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

5 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

6 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen 33

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496

Der Antrag wird für erledigt erklärt, da im Wirtschaftsausschuss ein gemeinsamer Antrag beschlossen worden ist.

7 EMAS-Zertifizierung der Landesbehörden – Stand der Umsetzung 34

Dr. Andreas Christians (StK) und StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) berichten.

8 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 39

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat zu diesem Thema eine Anhörung beschlossen. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kommt überein, sich an dieser Anhörung zu beteiligen.

9 Der Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2873

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

10 Gesetz zur Regelung von Umweltinformationen im Lande Nordrhein-Westfalen 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2913

Der Gesetzentwurf soll am 17. Januar 2007 abgestimmt werden. Vorher werden schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

11 5. Novelle der Verpackungsverordnung: Stand der Beratungen, Veränderungsperspektiven und Auswirkungen auf NRW 46

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/801 gegeben.

12 Biologische Stationen in NRW: Ergebnisse der Kundenbefragung und zum Restrukturierungskonzept 49

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/827. - Zudem nimmt Minister Eckard Uhlenberg Stellung.

- 13 Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt- und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem „Spiel 77“ wie bisher unmittelbar unterstützen!** 64

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1988

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

- 14 Erlassentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung '07)** 66

Vorlage 14/794

Der Ausschuss stellt zu Vorlage 14/794 - ohne Experimentierklausel - einstimmig das Einvernehmen her.

Der Ausschuss beabsichtigt, sich mit der Experimentierklausel gesondert zu beschäftigen.

Nächste Sitzung: 17. Januar 2007

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (UmlG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2914

Die **Vorsitzende** teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung vom 6. Dezember 2006 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden.

Annette Watermann-Krass (SPD) erinnert daran, dass das Gesetz noch kein Jahr alt sei. Jetzt werde es nachgebessert. Es sei wohl handwerklich nicht so ausgewogen auf den Weg gebracht worden. Sie könne sich noch an die Diskussion vor einem Jahr erinnern, ob die Landwirte ausreichend informiert seien. Deshalb interessiere sie, wie viele Anträge gestellt worden seien, wie viel Geld zurückgeflossen sei und welche Summe zu Unrecht erhoben worden sei und noch zurückfließen müsse.

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) antwortet, diese Gesetzesänderung wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Vorgängerregierung nicht die Entscheidung getroffen hätte, den Landesbetrieb zu gründen. Die CDU habe damals auf das schwierige Verfahren hingewiesen. Es sei bekannt, dass man in Nordrhein-Westfalen 40.000, 50.000 oder 60.000 Waldbesitzer – die genaue Zahl wisse er aus dem Stegreif nicht – mit sowohl landwirtschaftlichen als auch forstwirtschaftlichen Flächen habe. Das sei bei der Gründung des Landesbetriebs Wald und Holz in Nordrhein-Westfalen nicht bedacht worden. Die CDU habe damals mehrfach nachgefragt.

Man habe den Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Das Procedere sei mit dem Waldbauernverband abgestimmt, weil gerade die Waldbauern von dieser Änderung besonders betroffen seien. Dies sei ein Beitrag dazu, diese neue Finanzierungsregelung in einem äußerst schwierigen Bereich, in dem es eine Überlappung der Besitzverhältnisse im landwirtschaftlichen und im forstlichen Bereich gebe, zu entbürokratisieren. Das müsse im Detail auseinandergerechnet werden, eine sehr aufwendige Regelung, deren Ursprung im Ziel des Gesetzes liege, die Betriebe von der Kammerumlage für den forstlichen Bereich zu befreien, aber der richtige Weg zur Abwicklung.

Inzwischen seien etwa 2.000 Anträge gestellt worden.

Clemens Pick (CDU) führt aus, dass das Thema vor längerer Zeit im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb ausführlich diskutiert und vor allem von CDU und FDP angemahnt worden sei. Er erinnere sich an die Wortmeldungen der Kollegen Becker und Uhlenberg, die Klarheit verlangt hätten. Die damalige Landesregierung habe das ignoriert und den Landesbetrieb gegründet, ohne das geklärt zu haben.

Im letzten Jahr habe man das Gesetz kurz vor Jahresende in Kraft gesetzt, um den Landwirten die Möglichkeit der Erstattung zu geben. Dazu habe es keine Diskussionen gegeben. Heute stehe man vor der Frage, das zu verbessern, was damals in der Kürze

der Zeit nicht habe geregelt werden können. Wenn die Einheitswerte alle auseinandergerechnet worden wären, wäre viel Bürokratieaufwand entstanden. Man habe eine unbürokratische Lösung gefunden, die die Mitwirkung der Betroffenen verlange, aber den Betroffenen eine dauerhafte Wahlmöglichkeit eröffne, vom Einheitswert entweder einen pauschalierten Waldwert oder den Waldwert auf der Basis des im Einheitswert enthaltenen Vergleichswert der forstwirtschaftlichen Nutzung abzuziehen, um den Umlagemaßstab zu ermitteln.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2914 mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD zu.